



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Laura Weber, Paul Knoblach, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Adipositas gezielt bekämpfen – endlich die entscheidende Maßnahme wagen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich klar und deutlich für die Bekämpfung von Adipositas bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und damit verbundenen Krankheiten wie Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauferkrankungen einzusetzen und sich auf Bundesebene einzusetzen für

- die Einführung einer Herstellerabgabe auf gesüßte Getränke, die mit übermäßig viel Zucker versetzt werden, wobei die Mehreinnahmen der Förderung gesunder Ernährung, Aufklärung und Prävention zugutekommen sollen. Das Ziel sollte eine Herstellerabgabe auf gesüßte Getränke, nach Vorbild Großbritanniens, gestaffelt nach der Zuckermenge, beginnend ab 5 Gramm pro 100 Milliliter, sein.
- eine breit angelegte, deutschlandweite, begleitende Öffentlichkeitskampagne, die über eine gesunde, zuckerarme Ernährung aufklärt.

Begründung:

Im Sommer 2024 forderten neun Bundesländer die Bundesregierung auf, eine Steuer auf besonders zuckerhaltige Getränke zu prüfen. Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen und das Saarland finden: Die freiwillige Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie in Sachen Zuckerreduzierung hat nichts gebracht. Im Jahr 2015 hatte sich die Industrie dazu verpflichtet, den Zuckergehalt in zuckerhaltigen Getränken bis 2025 um 15 Prozent zu reduzieren. Diese Marke haben die Unternehmen allerdings Studien zufolge bislang nicht erreicht. Auch ist inzwischen klar, dass sich eine Kennzeichnungspflicht allein nicht als ausreichend darstellt. Auch die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt eine Sondersteuer auf zuckerhaltige Getränke.

Die Benefits wurden bereits analysiert: Eine Studie der Technischen Universität München kommt zu dem Ergebnis, Deutschland könnte mit einer Steuer auf überzuckerte Softdrinks innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte bis zu 16 Mrd. Euro sparen. Davon etwa vier Mrd. direkt innerhalb des Gesundheitssystems. Die restlichen 12 Mrd. könnten über Folgeeffekte eingespart werden. Dadurch, dass wir weniger Erkrankungen hätten, hätten wir weniger Krankheitsfehltag. Wir hätten weniger Personen, die möglicherweise vorzeitig in Rente gehen oder möglicherweise sogar bereits im erwerbsfähigen Alter versterben. Würde weniger Zucker verbraucht, könnte also vielen Menschen Leid erspart werden, und auch die Wirtschaft würde profitieren. Die Studienergebnisse zeigen, dass durch die gestaffelte Besteuerung süßer Getränke rund 240 000 Fälle von

Typ-2-Diabetes verhindert würden. Es entstünden weniger Versorgungskosten durch Krankheiten wie Übergewicht, Typ-2-Diabetes oder Herz-Kreislaufkrankungen.

Auch andere Forschende halten eine Zuckersteuer in Deutschland für sinnvoll. So hat sich ein Gesundheitsökonom vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel gegenüber dem Science Media Center für eine Besteuerung ausgesprochen: „Die Einführung einer Zuckersteuer ist wirksam und der deutschen Politik zu empfehlen“.

Eine Forscherin vom Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie in Bremen meint: „Egal welche Steuer gewählt wird, eine Besteuerung könnte ein Puzzle-teil bei der Bekämpfung von Übergewicht sein.“

Relevante Akteurinnen und Akteure wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Krankenkassen sowie Fachverbände wie der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, die Bundeszahnärztekammer und viele weitere, sprechen sich ebenfalls seit Jahren für diese Maßnahme aus.

Viele Menschen nehmen einen großen Teil des Zuckers über gesüßte Getränke zu sich. Expertinnen und Experten halten das für besonders ungesund, weil in Softdrinks und Säften weder Fette noch Eiweiße enthalten sind.

Direkte und indirekte gesamtgesellschaftliche Kosten von Adipositas werden bundesweit auf etwa 63 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Gerade für Kinder und Jugendliche hat der DAK Kinder- und Jugendreport 2022 aufgezeigt, wie seit 2019, gerade auch unter Einfluss der Coronapandemie, eine signifikante Risikozunahme für Adipositas stattgefunden hat. Gerade in Sozialräumen mit hoher Armutskonzentration hat sich diese noch vielfach potenziert. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere Kinder und Jugendliche eine beliebte Zielgruppe sind, ist politisches Handeln angebracht.

Um die gewünschten gesundheitsfördernden Effekte zu erzielen, kommt es auf die Ausgestaltung der Besteuerung an. Hier kann von den Erfahrungen der rund 54 Länder weltweit gelernt werden, die bisher eine solche Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Getränke, kurz Zuckersteuer, eingeführt haben. Zahlreiche Studien, wie jüngst eine Studie der University of Cambridge, legen nahe, dass allen voran die gestaffelte britische Zuckersteuer seit ihrer Einführung im Jahr 2018 die absolute tägliche Zuckeraufnahme in der Gesamtbevölkerung deutlich senken konnte: Bei Minderjährigen von 62,4 auf 47,8 Gramm und bei Erwachsenen von 57,9 auf 47,9 Gramm. Die tägliche Zuckeraufnahme bei Minderjährigen hat sich demnach allein aus Softdrinks nahezu halbiert, von 22 auf 12 Gramm. Die Hersteller bieten seitdem Softdrinks mit weniger Zucker an. Vereinfacht gesagt, es handelt sich nicht um einen politischen Aktionismus, sondern um gezielte Maßnahmen, die endlich wirken.

Das auf diese Weise eingesparte Geld wird derzeit mehr als gebraucht und kann effektiv für bessere Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung genutzt werden.